



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24981 - 88  
Fernschreiber 0886899

F/XIII/132 - 16. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |     |
|-------|---|-----|
| 1     | "Delikatere Vorgang"<br>Washington und Parkow   | 42  |
| 2 - 3 | Der "Friede der Wasserstoffbombe"<br>Vorstoß eines Wissenschaftlers aus der Sowjetunion   | 59  |
| 4 - 5 | Besorgnis über die Entwicklung in Frankreich<br>Zur Tagung des Generalsrats der Sozialistischen Internationale<br>Von Heinz Putzath<br>Auslandsreferent beim Parteivorstand der SPD | 86  |
| 6 - 7 | Wer verzögert die Steuerreform?<br>Notwendige Klarstellungen<br>Von Lucie Beyer, MDR  | 100 |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

16. Juni 1958

"Delikatere Vorgang"

sp - Der Iatbestand ist folgender: Keun amerikanische Flieger wurden nach einer Landung im sogenannten Hoheitsgebiet der Pankower Regierung von den sowjetzonalen Behörden festgesetzt. Pankow hat die Herausgabe dieser Flieger zunächst verweigert und als "sovereäne Regierung" Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gefordert. Eine bittere Sache, wenn man bedenkt, dass für Washington Pankow ebenso wenig existiert wie Feking.

Nach einigem Hin und Her - schliesslich konnten die Amerikaner ihre Flieger nicht sitzen lassen - wird nun zwischen Washington und Pankow über die Freilassung der amerikanischen Flieger verhandelt. Seit Samstag vergangener Woche ist ein amerikanischer Oberst bemüht, die Nachhaber von Pankow davon zu überzeugen, dass es sich bei dem Überfliegen des Eisernen Vorhanges tatsächlich nur um ein Versehen gehandelt hat.

Den Amerikanern ist die ganze Geschichte sehr peinlich. Sie bezeichnen sie selbst als "delikatere Vorgang". Selbstverständlich wollen sie die Regierung eines Ulbricht und Grotewohl nicht anerkennen und sind bedacht, das nun beginnende Tauziehen zwischen Pankow und Washington in der Rubrik "technische Kontakte" zu registrieren.

Wie gross ihre Sorge darüber ist, dieser notwendig gewordene "technische Kontakt" könnte in der Bundesrepublik falsch ausgelegt werden, geht aus der Tatsache hervor, dass sie ihre militärischen Dienststellen angewiesen haben, keinerlei Verlautbarungen herauszugeben und neugierige Journalisten auf das auswärtige Amt in Washington zu verweisen ...

Natürlich konnten die Amerikaner nichts anderes tun, als jemanden nach Pankow zu schicken, um dort die Bedingungen der Rückführung ihrer Flieger auszuhandeln. Niemand wird ihnen daraus einen Vorwurf machen, denn schliesslich geht es um menschliche Schicksale.

Man stelle sich aber einmal vor, die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik würden wegen der Freilassung eines Sowjetzenhäftlings von der Bundesregierung die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit dem sowjetzonalen Justizministerium fordern. Die Herren Adenauer und Schröder würden bestimmt ein grosses Geschrei über die "Unzuverlässigkeit der Sozialdemokraten" anstimmen. Jetzt, da die Amerikaner aus zwingenden Gründen, und um das Schicksal ihrer Landsleute zu klären, in Pankow verhandeln, schweigt man sich aus.

Pfuiwahr - ein "delikatere Vorgang", bei dem uns allen wieder einmal bewusst werden sollte, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn man in Bonn keine Vorstellungen von einer aktiven Wiedervereinigungspolitik hat.

Der "Friede der Wasserstoffbombe"

EKO - Aus England kommt die Nachricht, dass im Atomforschungszentrum Harwell die Zählung der Wasserstoffbombe trotz gegenteiliger Hoffnungen bisher nicht gelungen ist und die beobachtete Neutronenvermehrung während der Kernfusionsversuche nicht auf thermo-nuklearen Vorgängen beruht. Dennoch stellt der "Verschmelzungsreaktor" den Nationen der Welt eine Aufgabe, die den Frieden tatsächlich, wenn sie in gemeinsamer Arbeit gelöst würde, herbeiführen könnte.

+ + +

Otto Hahn, der Entdecker der Kernspaltung, betonte dieser Tage noch einmal, dass die Nutzung der Kernenergien im "Fusionsreaktor", die Kontrolle der Verschmelzung von Wasserstoffkernen zu Helium, die grösste Aufgabe der Zukunft zum Wohle aller Menschen sei. Er übergab dabei die simplen Worte Adenauers, dass "ein grosser Atomkrieg während der nächster zehn bis dreissig Jahre" nicht möglich wäre. Jetzt hat auch einer der namhaftesten sowjetischen Forscher, der Physiker Igorj Kurtschatow, seine mahnende Stimme erhoben. Kurtschatow gehört zu den Wissenschaftlern der UdSSR, die es fertigbrachten, die Sowjetunion als Atommacht neben die USA zu stellen, obwohl die Vereinigten Staaten 1945 fest daran glaubten, das Monopol der Beherrschung der Kernenergien auf mindestens zwei Jahrzehnte zu besitzen.

Kurtschatow sprach vor dem Obersten Sowjet. Seine Ausführungen vermitteln einen Einblick in das Denken der russischen Physiker, das bisher den Westen im allgemeinen fremd geblieben ist. Der Wissenschaftler erklärte:

"Ich spreche im Namen der sowjetischen Forscher, die sich mit den Fragen der Atomenergie befassen. Als der zweite Weltkrieg zu Ende ging - Deutschland hatte bereits kapituliert und Japans militärische Macht befand sich im Zustand der Auflösung - warfen zwei amerikanische Flugzeuge Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki ab. Wir kennen die allgemeinen Auswirkungen dieser

Tat..."

"Der Gedanke ist für uns Wissenschaftler der Sowjetunion unerträglich, dass ein Atom- und Wasserstoffbombenkrieg ausbrechen könnte. Wir sprechen uns deshalb entschieden für ein internationales Verbot der Kernspaltungs- und Kernfusionswaffen aus. Unsere Ansicht teilen die namhaftesten Physiker des Auslandes: Der Däne Niels Bohr, der Franzose Joliot-Curie, der Amerikaner Pauling, der Deutsche Heisenberg, der Japaner Yukawa."

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen machte der sowjetische Kernforscher einen Vorschlag, dessen Realisierung gewiss weltweit den "Frieden der Wasserstoffbombe" ablösen und zu einer echten Befriedigung der grossen Mächte führen könnte: "Wir Sowjetwissenschaftler rufen die Nationen auf, ihre Kräfte und Anstrengungen zu vereinen, um in kürzester Frist die gesteuerte thermo-nukleare Kernreaktion zu verwirklichen und die Energie der Wasserstoff-Helium-Synthese aus einer Waffe der Zerstörung in eine lebenspendende Kraftquelle zu verwandeln."

Kurtschatow ist den Physikern des Westens durch seinen Optimismus bekannt geworden, den er auf der letzten Genfer Atomkonferenz zur Schau trug, als er über die Möglichkeiten des Baues von Kernfusionsreaktoren sprach und dabei die Zustimmung aller Wissenschaftler fand.

Fänden sich die USA, England und die Sowjetunion bereit, an dieser Aufgabe des Fusionsreaktors zusammenzuarbeiten, wie es auch Otto Hahn hofft und vorschlägt, so wäre dieses durchaus nicht utopische Gemeinschaftswerk der Wissenschaftler ein Politikum ersten Ranges. Es würde an Bedeutung jedes noch stets fragwürdige Abrüstungsgespräch in den Schatten stellen und das ergeben, was die Welt am dringlichsten braucht: das gegenseitige Vertrauen und die Arbeit an einem gewaltigen gemeinsamen Werk. Die Wissenschaftler könnten so die Brücke zu einem dauerhaften Frieden bauen.

+ - +

Besorgnis über die Entwicklung in Frankreich

Von Heinz Putzrath,  
Auslandsreferent beim Parteivorstand der SPD

Die Spannungen und Besorgnisse, die seit der Machtübernahme de Gaulles in Frankreich in der demokratischen Welt ausgelöst wurden, beherrschten auch die Beratungen des Generalrats der Sozialistischen Internationals in Brüssel. Bekanntlich war die sozialistische Partei Frankreichs über die Frage, ob sie sich an einer de Gaulle-Regierung beteiligen sollte oder nicht, sehr unterschiedlicher Meinung. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Sozialisten, die sich in der jetzigen Regierung befinden, eine sehr schwere Verantwortung übernommen haben. Sie glauben, damit einen letzten verzweifelten Versuch zu machen, nach der Kapitulation des Parlaments vor den Forderungen der Rebellen, doch noch zu retten, was an der ohnehin unterhöhlten Demokratie in Frankreich noch zu retten ist. Niemand weiss, ob dieser Versuch gelingen wird. Allen Delegierten der sozialistischen Parteien war es bitter gegenwärtig, wieviel aber von dem Gelingen dieses Versuches für die demokratische Welt abhängt. Daher war man bestrebt, alles zu unterlassen, was die schwierige Lage in Frankreich und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des sozialistischen Lagers noch erschwert hätte.

Die Resolution, die ihrer Zuversicht Ausdruck gibt, dass es der französischen Sozialisten gelingen möge, die demokratischen Freiheiten unter allen Umständen zu verteidigen, wurde daher einstimmig, bei einigen Stimmen Enthaltung, angenommen. Diese Einstimmigkeit freilich darf nicht darüber hinwegtäuschen, was Erich Ollenhauer in einer Erklärung zur Abstimmung ausgesprochen hat, nämlich, dass die Sorgen über die Gefahren der Totalität von Bestrebungen in Frankreich und damit die Stärkung ähnlicher Tendenzen in anderen Ländern nicht ausgeräumt sind. Auch die Besorgnisse, dass der jetzige Zustand noch nicht eine Entspannung in Algerien bringt, der ja mit die Ursache für die französische Katastrophe darstellt, wurde von Ollenhauer unterstrichen. Fast alle Delegierten schlossen sich ausdrücklich vor der Abstimmung dieser Erklärung der SPD an.

Das Algerienproblem

Das Büro der Sozialistischen Internationale hatte bereits in mehreren Sitzungen die algerische Frage eingehend diskutiert. Eine Informationskommission hatte zu Beginn des Jahres einen Bericht vorgelegt und schliesslich konnte man sich sogar, unter Zustimmung der sozialistischen Partei Frankreichs, auf eine Resolution über Algerien einigen. Dies geschah im April. Man verlangte damals, dass als Voraussetzung für Verhandlungen alle Parteien die Vorbedingungen, auf denen sie jetzt bestehen, aufgeben müssen. Nach Verurteilung des Terrorismus und der Unterdrückung bürgerlicher Freiheiten in Algerien rief sie zur Beendigung des Konfliktes in Algerien durch friedliche Verhandlungen auf, um sicherzustellen, dass alle Einwohner Algeriens eine gleiche Stimme in der Zukunft ihres Landes haben.

16. Juni 1958

Diese Resolution bezieht sich ausdrücklich auf die Frankfurter Deklaration der Sozialistischen Internationale vom Jahre 1951, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. Freilich gibt es Passagen, die heute, drei Monate nach Annahme dieser Entschliessung, überholt sind. Doch auch hier hat die einstimmige Annahme die Absicht verfolgt, Öl auf die Wogen zu giessen, obwohl allen Beteiligten klar ist, dass die Verhältnisse der früheren Regierungen, an der die Sozialisten beteiligt waren, die heutige Situation mit verschuldet haben.

#### Entspannung und Abrüstung

Der Führer der britischen Labour-Party, Hugh Gaitskell, hielt einen Einführungsvertrag über die gegenwärtige internationale Lage und brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass die geplante Gipfelkonferenz eine positivere Politik der Westmächte zeigen möge. In den Vorbesprechungen über eine Entschliessung zu den Fragen der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit, waren die Meinungen darauf geteilt, dass den Delegierten der Internationale zwei verschiedene Texte einer Resolution vorgelegt wurden. Der Vorschlag der französischen sozialistischen Partei verlangt u.a., dass eine Loslösung in Mittel- und Osteuropa (disengagement) nur ins Auge gefasst werden kann, wenn das militärische Gleichgewicht der Sicherheit nicht vernachlässigt wird. Zweifellos spielt hier der französische Wunsch eine Rolle, noch vor wirklichen Verhandlungen in der Besitze der Wasserstoffbombe zu gelangen, und die Entspannung von einer Reihe Forderungen abhängig zu machen, die in der Praxis nicht erfüllt werden können.

#### Labour-Party und SPD einig

Demgegenüber verlangt der Vorschlag der britischen Labour-Party und der SPD, dass ein solcher Loslösungsplan als ein Versuchsstein für eine kontrollierte Abrüstung angesehen werden müsse, das sich sowohl auf herkömmliche Streitkräfte wie auf Kernwaffen bezieht und daher als wertvolle Erfahrung für ein umfassenderes Abkommen gelten könne.

Wollte man die Dinge vereinfachen, so könnte man sagen, dass einerseits der französische Vorschlag eine dogmatische Haltung darstellt, während der britisch-deutsche Vorschlag wenigstens den Versuch befürwortet, bei Betonung des Gleichgewichts in allen Staaten, die starren und militärischen Fronten aufzulockern. In dieser Beziehung zeigte sich, wie sehr sich im Laufe der Jahre die Vorstellungen der SED im Gremium der Internationale durchgesetzt haben. Als es zur Abstimmung kam, wurde der britisch-deutsche Vorschlag gegen die Stimmen Frankreichs und Hollands bei wenigen Enthaltungen mit sehr grosser Mehrheit angenommen. Dass auch die anderen Parteien, die zum Teil die Regierungsverantwortung tragen, und Mitglieder der NATO sind, dieser Resolution zustimmten, muss zu den positiven Ergebnissen der Konferenz in Brüssel gerechnet werden.

- - -

- 6 -

## Wer verzögert die Steuerreform?

Von Lucie Rayer, MdB.

Eine grosse westdeutsche Zeitung veröffentlichte vor kurzem in ihrem Wirtschaftsteil einen Artikel unter der Überschrift: "Die Lernkurve der Steuerreform gefährdet", mit dem Untertitel, dass die Sozialdemokraten und einige Bundesländer sich gegen ein rückwirkendes Inkrafttreten ausgesprochen haben. Als Mitglied des Finanz- und Steuer-ausschusses halte ich mich für verpflichtet, schon um der Wahrheit die Ehre zu geben, hierzu ein aufklärendes Wort zu sagen.

Bis zu Beginn der Pfingstferien war die allgemeine Aussprache mit der ersten Lesung, bis auf die gemeinsamen Beratungen mit dem Wirtschaftsausschuss, abgeschlossen. Die bisher angesetzten gemeinsamen Sitzungen sind wiederholt abgesagt worden, und da die Vorsitzenden beider Ausschüsse der Regierungskoalition angehören, hatten sie es auch in der Hand, die Termine zu bestimmen. Allerdings ist es längst ein offenes Geheimnis in Bonn geworden, dass z.B. in Fragen des Körperschaftsteuergesetzes innerhalb der CDU/CSU lange keine Einigung zwischen den verschiedenen Auffassungen und Gruppen-Interessen erzielt werden konnte. So wurde bei der Beratung des Sparprämien-gesetzes offen zugegeben, dass dessen Verabschiedung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden sollte. Ob bei der Verzögerung der Finanzminister im Hinblick auf den entstehenden Steueranfall die treibende Kraft ist oder Unstimmigkeiten innerhalb der Regierungskoalition Schuld tragen, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist und bleibt, dass die Regierung die Sachverhalte bisher als eine "Einheit" behandelte, nunmehr aber auseinanderfällt. Als sozialdemokratische Abgeordnete aber sind wir daran interessiert, dass die Begünstigung des Sparens allen Sparern - auch und gerade den Kleinrentnern (wie den Rentnern) zugute kommen kann, was durch die bisherige steuerliche Sparsförderung im Rahmen des § 10 EStG nicht gewährleistet wird.

Wer vermag aber aus einer solchen Argumentation eine Verzögerungs-taktik zu entnehmen?

### Verfassungsrechtliche Bedenken

Alle jetzt zur Beratung stehenden Vorlagen sind durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. 1. 1958 notwendig geworden.

Schon in früheren Jahren sind zu den verschiedenen Paragraphen der Steuergesetze wiederholt von Abgeordneten des Bundestages ver-fassungsrechtliche Bedenken ausgesprochen worden, aber die sich der Bundesfinanzminister jedoch stets hinweggesetzt hat. Es muss daher oberstes Gebot der nunmehr stattfindender Beratungen sein, zu ver-hindern, dass erneut Verfassungsklagen eingeleitet werden können. Bemerke wir uns nur einmal die jetzt herausgehobene Verabschrift des Bundes der Steuerzahler zur Erbschaftbesteuerung an, so finden wir auf Seite 24 der Hinweis, dass verfassungsrechtliche Bedenken nicht nur gegen Einzelheiten der geplanten Fassung, sondern auch gegen deren Grundkonzeption bestehen.

Auf Seite 32 heisst es: "Denn über 90% der Bundesregierung für unannehmbar, dass ein reiches Individuum die Hälfte seines Vermögens rechtswirksam seiner Frau übertragen muss, um einen progressiven Vorteil zu erhalten, von wählbarem dazuhilfen die Besteuerungsverfahren (manipuliertes Teilplättchen) bei dem im reichen sich nicht erst um die Ausnutzung seiner Gestaltungsmöglichkeit zu kümmern brauchen,

sondern gleich von Amts wegen den grösstmöglichen "Progressionsvorteil" zugesprochen erhalten, während die Bezieher kleinerer Einkommen genau so besteuert werden wie bei getrennter Besteuerung, ja in manchen Fällen sogar noch härter".

Die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion haben ähnliche Bedenken schon wiederholt zum Ausdruck gebracht.

#### Verabschiedung im Hietztempo ?

Es musste im Ausschuss zugegeben werden, dass kaum ein Mitglied in der Lage war, bisher alle eingegangenen Einsprüche aus der verschiedensten Organisationen zu lesen.

Für die Ausschussberatungen stehen nach einer Erklärung des Vorsitzenden nur noch zwei halbe Sitzungstage mit je 3 1/2 Stunden Arbeitszeit zur Verfügung, wovon mindestens der erste Sitzungstag für die Beratungen mit dem Wirtschaftsausschuss zur Regelung der Körperschaftsteuer gebraucht wird. Der Rest der Zeit bleibt für die noch offenstehenden übrigen Fragen und hierbei handelt es sich um die wesentlichsten und strittigsten der "Reform" überhaupt, wie z.B. das System der Ehegattenbesteuerung, die Tarifgestaltung, die Freibeträge, die gegenseitige Haftung der Ehegatten usw. Dazu kommt, dass die Fraktionen insgesamt noch keine Gelegenheit hatten, Stellung zu beziehen, obwohl die zweite und dritte Lesung der Steuerreform schon am 19. und 20. Juni stattfinden soll.

Wenn wir uns daher erlauben, auf diese sachlichen Tatbestände hinzuweisen und unsere Bedenken geltend zu machen, so ist das nicht nur unser gutes Recht, sondern wir betrachten es als unsere Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit und allen Steuerzahlern.

Der Ausschuss ist an sich gewohnt, sachlich zu arbeiten, wenn auch zwischen den Beratungen im Ausschuss und den Beschlüssen im Plenum oftmals grosse Lücken klaffen - aber letzteres liegt an dem Durchsetzungsvermögen der Gruppeninteressenten - der "Lobbyisten". Man kann es daher nur als eine Parne bezeichnen, wenn mit dem oben erwähnten Artikel versucht worden ist, "den schwarzen Peter" auf andere abzuschieben.

#### Unsoziale Tendenzen überwiegen

Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss nicht nur sachlich mitgearbeitet, sondern die Mitglieder des Ältestenrates haben auch die Tagesordnung mitverabschiedet. Aber dessen ungeachtet haben es die über 200 Abgeordneten der CDU/CSU und der DP immer in der Hand, mit ihrer absoluten Mehrheit jeden Termin zu bestimmen und jede Vorlage, soweit sie keine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordert, allein zu verabschieden, wovon sie auch bis in die jüngste Gegenwart reichlicher Gebrauch machten.

Warum nur auf einmal der Versuch, diese Tatbestände zu verwischen? Hat man nicht längst kalte Füesse im eigenen Regierungslager? Ich denke hierbei an Einwendungen der juristischen Abteilungen der Bundesministerien.

Die Frage, ob man von einem "Triumph der Steuersenkung" sprechen kann, kann sich jeder selbst beantworten. Es hängt natürlich in erster Linie davon ab, wer nach der Verabschiedung triumphieren kann. Wenn allein 3000 steuerpflichtige Millionäre (von 20 Mio Steuerpflichtigen überhaupt) von dem vom Bundesfinanzministerium errechneten Gesamtsteuerausfall rund 125 Mio DM (also fast ein Drittel) als Steuerergänzung erhalten, wenn weiter durch Heirat bei einem Einkommen von 8 000 DM nur 336 DM Steuersparnis eintritt, bei einem 200 000-DM-Einkommen aber 11 037 DM, dann ist die Antwort schon gegeben.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markschaffel